

Posen alarmiert Pankow

Die Furcht vor einem neuen 17. Juni immer noch nicht gebannt

Unmittelbar nach den Kuntgeburgen deutsch-polnischer Freundschaft, in denen die SED die machtmäßige Geschlossenheit des Ostblocks und den endgültigen Status des Oder-Neiße-Gebietes zu unterstreichen versuchte, hat Polen seinen Juni-Aufstand erlebt. Drei Jahre nach den Ereignissen in der Sowjetzone standen die Posener Arbeiter gegen die kommunistische Regierung auf. Der Aufstand vermochte sich nicht wie in der Sowjetzone auszubreiten, dafür wurde er mit erbarmungsloser Härte geführt. Diesmal hatten nicht nur die polnischen Kommunisten Maschinengewehre. Wenn sie trotzdem siegten, so ist das ein Sieg ihrer Panzer gewesen. Das Ziel der Aufständischen aber wurde erreicht: Sie haben der Welt bewiesen, daß Polen unter Stalin keine Sowjetrepublik geworden ist!

Manchem wird dieses Ziel zu teuer bezahlt erscheinen. Die polnische Geschichte weist viele solcher Aktionen gegen die wechselnden Unterdrücker auf. Alle hatten ein klares Ziel, auch der Aufstand von Posen. Wie damals in Berlin ergriffen auch hier die Arbeiter eines Staatsbetriebes die Initiative, um mit dem Mittel des Generalstreiks die soziale Lage ihrer Kollegen und der breiten Massen zu verbessern.

Gewarnt durch das Beispiel vom 17. Juni 1953, griffen die Posener Arbeiter, als die Miliz das Feuer eröffnete, selbst zu den Gewehren. Sie selbst können nicht geglaubt haben, daß sie sich gegen Panzer und Düsenjäger durchzusetzen vermochten. Wenn sie sich trotzdem ihr Streikrecht mit der Waffe in der Hand zu erkämpfen versuchten, so ist dies ein echter Beweis für die Dringlichkeit ihres Anliegens.

Ein Werk von Agenten?

Noch als in Posen die Panzer am Wüten waren, wußte man, daß die kommunistische Regierung diese alarmierenden Vorfälle als „Werk einiger Agenten und Verräter“ ausgeben würde. Auch die Kommentare der SED laufen darauf hinaus. Wo ist die Wahrheit?

Es gibt in Polen starke Widerstandsgruppen mit eigenen Waf-

fenlagern und rein nationalen Zielen. Noch vor zwei Jahren war es für die Sowjets ein Risiko, ihre Nachschublinien durch Polen zu führen. Die gewaltig aufgerüstete polnische Armee hat diese Widerstandsgruppe in den Untergrund zurückgedrängt. Wäre Posen das Werk solcher Gruppen, hätte der Aufstand schlagartig um sich gegriffen. Denn die polnische Untergrundbewegung sitzt überall. Noch liegen die Ereignisse von Posen im Dunkel, das den Widerstand und die Rache der staatlichen Sicherheitsorgane umgibt. Aber Ursache und Charakter des Aufstandes sind bereits nicht mehr zu verfälschen.

Für die SED waren die am Wochenende spärlich einlaufenden Nachrichten mit einer beträchtlichen Schockwirkung verbunden. Mehr denn je stützt sich die SED heute auf das Argument vom „starken Hinterland“, gleichgültig, ob es sich dabei um militärische Maßnahmen im Rahmen des Warschauer Paktes oder um die Erhaltung der Oder-Neiße-Grenze handelt. Dazu kommt die Furcht, daß die der SED noch bevorstehende Hauptauseinandersetzung mit dem Stalinismus zu ähnlichen Resultaten führen kann. Letztlich aber haben die Vorgänge in Posen gezeigt, daß zwischen Pankow und Moskau

noch Dinge geschehen können, die in einem von den Kommunisten provozierten Ernstfall alle SED-Pläne über den Haufen zu werfen vermögen. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um sich auszumalen, daß überall im Ostblock nationale Widerstandsgruppen auf einen Tag des Kampfes warten.

Wäre dies alles in Bulgarien oder Ungarn geschehen, die SED fühlte sich nur wenig davon betroffen. Posen aber trifft sie bis ins Mark. Der Machtapparat, der den polnischen Kommunisten zur Verfügung steht, ist stärker als jener der SED. Und trotzdem haben die Arbeiter einen bewaffneten Aufstand gewagt. Viele der Aufständischen waren erst im Rahmen der Miliz oder durch die den SED-Betriebskampfgruppen ähnlichen polnischen Arbeiterwehren militärisch ausgebildet worden. Ihren ersten Einsatz haben sie gegen ihre Ausbilder geführt.

Politisch weiterkämpfen

Es darf nicht daran zweifelt werden, daß die polnische Untergrundarmee in allen Städten den Aufstand hätte ausrufen können, nachdem streikende Arbeiter in Posen nun einmal die Dinge in Gang zu bringen drohten. Es werden entscheidende Gründe sein, die sie davon abgehalten haben. In der Phase der Abkehr vom Stalinismus steht der politische Kampf auf der Tagesordnung. Im Rahmen der Möglichkeiten verspricht er auch in der Zone einen guten Erfolg, solange die SED ständig auf die Lockerung der Zwangsherrschaft gedrängt werden kann. Posen bleibt auch trotz politischem Kampf ein mahndes Fanal: Es zeigt, was die Kommunisten zu erwarten haben, wenn sie 1956 noch an den Methoden des Stalinismus festzuhalten versuchen.

J. B. Gradl:

Die Zeit verlangt...

Es konnte keinen eindrucksvolleren Hintergrund für die außenpolitische Debatte des Bundestages in der vergangenen Woche geben als den polnischen Volksaufstand. Wer in der Geschichte nicht nur den äußeren Ablauf der Ereignisse sieht, sondern dahinter noch einen Sinn sucht, der kann von diesem Zusammentreffen nicht unbeeindruckt bleiben. Ausgerechnet jetzt, in den zwei Tagen, da das aus deutscher Sicht zentrale Problem der Wiedervereinigung außenpolitisch erörtert wird, vollzieht sich diese Überraschung in Posen.

Sie hat auf die Wiedervereinigung keinen unmittelbaren Einfluß. Aber mittelbar kann und müßte sie ihn sogar haben. Solange die gewohnte Ruhe und Ordnung nicht gestört ist, glaubt man Zeit zu haben. Und man glaubt das um so bereitwilliger, je schwieriger die Aufgabe erscheint, die man zu bewältigen hat. Am Beispiel Posen ist wieder einmal deutlich geworden, daß Ruhe trügerisch sein kann und daß es Überraschungen gibt. Nicht nur solche, die Politiker bewußt bereiten — wie zum Beispiel Chruschtschow auf den XX. Parteikongreß —, sondern echte und totale Überraschungen, die aus dem Volk selbst kommen. Solche Überraschungen bergen unter Umständen Gefahren in sich, die viel größer sind als jene Schwierigkeiten, denen man glaube sich in vermeintlicher Ruhe entziehen zu können. Der polnische Volksaufstand, wie immer er auch aussehen mag, ist eine Mahnung an alle Politik und alle Politiker, insbesondere auch an die in der deutschen Sache zuständigen, die drängenden Probleme rechtzeitig zu lösen.

Mahnung an die Sowjets

Aber noch in einer anderen Beziehung kann man einen eigenen Sinn in der Parallelität der Bundestagsdebatte und des polnischen Aufstandes sehen. Diese blutige Überraschung hat sich in dem Teil der Welt ergeben, der unter sowjetischem Einfluß steht. Durch sie sind besonders

die sowjetischen Führer angesprochen, die wohl geglaubt haben, hinter dem 1945 errichteten Eisernen Vorhang in elf Jahren ihr kommunistisches System fest verankert zu haben. Der deutsche Aufstand des Juni 1953 hat sie leider nicht veranlaßt, ihre harte Politik aufzugeben und die Gewalt abzulösen durch ein verständnisvolles und kluges Eingehen auf den wahren Willen derer, die unmittelbar ihrer Fremdherrschaft ausgeliefert sind. Kann man hoffen, daß die sowjetische Führung sich durch diese neue Mahnung der Geschichte endlich belehren läßt?

Wie groß die Möglichkeit der Sowjetregierung ist, einen entscheidenden Beitrag zur Befriedung zu leisten, das ist in der Bundestagsdebatte sehr deutlich geworden. Die ganze Aussprache kreiste um die Frage der sowjetischen Haltung. Wenn man den innerdeutschen Gegensätzen, die in der Bundestagsdebatte sichtbar wurden, auf den Grund geht, dann bestehen sie in der Hauptsache in Meinungsverschiedenheiten darüber, wie die sowjetische Politik zu deuten und wie sie zugunsten der Wiedervereinigung beeinflusst werden könnte.

Wer die Reden der Opposition in der Bundestagsdebatte von Anfang bis Ende aufmerksam und unvoreingenommen angehört hat, konnte darin keinen konkreten Weg zur Wiedervereinigung finden. Es gibt eben kein Patentrezept. Was die Opposition kritisch vorgebracht hat, bezog sich im Grunde auf die Aktivität der Bundesregierung im Suchen nach einem Weg. Dehler formulierte es zum Beispiel so, daß zu ergründen sei, was die Sowjets „unter den gegebenen Umständen“ verstehen, derentwegen sie nach Chruschtschows Worten sogar die Zustimmung zur Wiedervereinigung eines neutralen Deutschland heute verweigern würden.

Alle sind Suchende

Nun ist richtig, daß zunächst die Gründe des sowjetischen Njet zur Wiedervereinigung geklärt werden müssen, daß zumindest die Klärung immer wieder versucht werden muß. Und der Vorwurf ist leider nicht unbegründet, daß die

Bundesregierung seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Moskau in diesem Sinne hätte aktiver sein können, findiger und geschmeidiger. Aber andererseits hat kein Redner der Opposition gewagt zu sagen: auf diesem oder jenem der versäumten Wege lag die Wiedervereinigung. Das festzustellen ist notwendig, weil die vor der Bundestagsdebatte von der Opposition genährte öffentliche Kritik mit ihrer Schärfe und Breite beinahe den Eindruck erwecken konnte und mit dem Blick auf Wahlen und innerparteiliche Streitigkeiten vielleicht auch erwecken sollte, die Bundesregierung sei schuld, daß die Wiedervereinigung noch nicht greifbar ist. Im Grunde hat diese Debatte gezeigt, daß alle miteinander Suchende sind. Das dürfte auch erklären, daß die Bundestagsdebatte nicht zu „Hauen und Stechen“ entartete, sondern erfreulich diszipliniert und sachlich verlief.

Dazu hat sicher die von Brentano abgegebene Erklärung der Bundesregierung ein gut Teil beigetragen. Diese Erklärung beweist, daß die Bundespolitik nicht starr ist. Ihr guter Eindruck wäre in der Debatte noch deutlicher zur Geltung gekommen, wenn nicht einige unglückliche Formulierungen in dem vorausgegangenen Kanzler-Interview ihre Schatten geworfen hätten. Die Regierungserklärung hat gezeigt, daß die Bundesregierung unbeschadet der Verbundenheit zu den westlichen Verbündeten versucht, sich in das Denken der Sowjets zu versetzen und das Verhältnis zur Sowjetunion nicht durch „unechte Prinzipien und starre Methoden“ zu erschweren.

In Brentanos Erklärung findet sich die ausdrückliche Anerkennung, daß die Wiedervereinigung auch von den Sowjets als ein Sicherheitsproblem — nämlich „die Sorge, daß eine Machtverschiebung eintreten könne“ — gesehen werden könne. Und er hat hinzugefügt, daß „die Bundesregierung zu jeder Zeit bereit ist, diesem einzigen echten Argument Rechnung zu tragen“. Brentano hat darüber hinaus die Bereitschaft der Bundesregierung erklärt, an der Schaffung eines kollektiven Si-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Klar Schiff für Marine

Kiel (AP). Die Bundesmarine hat jetzt offiziell den Schutz der bundesdeutschen Gewässer übernommen, nachdem die schwimmenden Einheiten des Bundesgrenzschutzes geschlossen in die Bundeswehr übergeführt wurden. Schwergewicht aller Operationen und Stützpunkte der Bundesmarine liegt an der deutschen Ostseeküste.

Deutsche Einheit in Moskaus Interesse

Brentanos Regierungserklärung vor dem Bundestag

Bonn (Eigenbericht). In einer zweistündigen außenpolitischen Regierungserklärung vor dem Bundestag, die von den Regierungsparteien mit großem Beifall aufgenommen wurde, hat Bundesaußenminister Dr. von Brentano ausdrücklich eine Initiative gegenüber der Sowjetunion in der deutschen Frage abgelehnt, „die nicht der ruhigen Überlegung, sondern nur der vielleicht menschlich begreiflichen Ungeduld entspringt“.

Auf der Diplomatentribüne saß während der Rede mit unbewegtem Gesicht der Sowjetbotschafter Sorin, begleitet

Das große Strafgericht beginnt

Posen fürchtet sich vor der Vergeltung

Berlin (AP). In Posen beginnt jetzt — entsprechend der sogenannten „spontanen“ Forderung nach schneller und strenger Bestrafung der „Provokateure“ — das Strafgericht gegen die aufständischen Arbeiter. Es sind nach Mitteilung eines gut informierten Reisenden die ersten Gerichtsverhandlungen angesetzt, in denen zunächst die leichteren Fälle behandelt werden sollen. Prozesse gegen die Anführer der Revolte sollen in Kürze folgen.

Unter den Verhafteten sollen sich, wie verlautet, zwei als „Rädelführer“ bezeichnete Arbeiter namens Matija und Wilgash befinden. Sie gehörten der Delegation an, die Anfang vergangener Woche im Auftrage der unzufriedenen Arbeiter der Zispo-Waggonfabrik nach Warschau gefahren war, um dort deren Forderungen vorzutragen.

Offiziell wird die Zahl der Todesopfer immer noch mit 48 angegeben. Tatsächlich soll sie aber nach den übereinstimmen-

den Aussagen vieler Reisenden zwischen 100 und 300 liegen.

Ein Geschäftsmann, der Posen am Montag verließ, berichtete: „In der Stadt ist alles ruhig, aber dahinter steckt die Angst. Die Leute haben solche Angst vor der Vergeltung, daß sie es nicht mehr wagen, offen zu reden. Die Angst wird vor allem deshalb immer größer, weil die letzten Ausländer am Donnerstag die Stadt verlassen haben und die Kommunisten dann auf nichts mehr Rücksicht zu nehmen brauchen.“

Der Kreaml in der Zwickmühle

Wird Rakosi abgesetzt? — Gegen Moskauer Hörigkeit

London (Eigenmeldung/AP). Diplomatische Kreise in London sind der Ansicht, daß das Dilemma, dem sich der Kreaml nach den Unruhen in Posen gegenüberübersieht, durch die fast zur gleichen Zeit in Ungarn ausgebrochene Unzufriedenheit mit dem Regime noch verschärft worden ist.

Während der Aufstand in Posen hauptsächlich ein Protest gegen die wirtschaftliche Verelendung war, ist die Demonstration gegen das Rakosi-Regime im Budapester Offiziersklub ein offener Protest gegen die Moskaubhörigkeit der kommunistischen Parteileitung in Ungarn. Die Frage ist jetzt, ob der Kreaml den kommunistischen Parteichef Ungarns, Rakosi, fallen läßt oder ob er ihm Vollmachten für einen Kurs der Unterdrückung erteilt. Rakosi hält sich gegenwärtig in Moskau auf.

von seinem Stellvertreter Kurdiazew.

Der Minister trat dafür ein, die Entwicklung in der Sowjetunion auf zweierlei Weise zu fördern. Zur Opposition gewandt sagte er: „Wir müssen der Sowjetunion durch unser Verhalten die letzte Hoffnung nehmen, daß ihre bisherige Deutschlandpolitik sich verwirklichen lasse.“ Er fuhr mit einer leichten Wendung zur Diplomatentribüne fort: „Wir müssen außerdem versuchen, der Sowjetunion und ihrer Regierung klarzumachen, daß ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Frieden und Freiheit in ihrem eigenen nationalen Interesse liegt.“

Über die vom „Petöfi-Bund“ im Budapester Offiziersklub durchgeführte Veranstaltung liegen jetzt neue Einzelheiten vor. Die Versammlung sollte ursprünglich lediglich eine Diskussion über größere Freiheiten werden. Aber die Debatte ging weit über das hinaus, was die Veranstalter beabsichtigt hatten. Redner, die bisher als linientreue Parteimitglieder gegolten hatten, übten scharfe Kritik an dem Regime, und einer von ihnen erklärte offen, es müsse in Ungarn und nicht in Moskau beschlossen werden, welche Politik Ungarn durchführe.

Neue Dokumente Lenins

Vom amerikanischen Außenministerium veröffentlicht

Washington (DPA). Das US-Außenministerium veröffentlichte 18 Lenin zugeschriebene Dokumente, in denen der Begründer des Sowjetstaates scharfe Kritik an Stalin geübt hat. Diese Veröffentlichung folgte dem Abdruck von Lenins „Testament“ durch die sowjetische Zeitschrift „Kommunist“ am Wochenende.

In den neuen Dokumenten übt Lenin scharfe Kritik an Stalin wegen Grausamkeiten während der kommunistischen Revolution in Georgien (Kaukasus), der Heimat Stalins. Lenin schreibt: „Ich glaube, daß hier (in Georgien) die Eile und die Heftigkeit Stalins bei der Verwaltung eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben.“ Lenin schreibt weiter, daß Stalin Anteil an der politischen Verantwortung für eine Kampagne hatte, in der

sich die Kommunisten zu physischer Gewaltanwendung erniedrigten. In einem anderen Dokument wird Trotzki gelobt.

In einem Vorwort zu der neuen Veröffentlichung heißt es, die Dokumente Lenins stammten aus vertraulicher Quelle und seien als Ergänzung zur Rede Chruschtschows an die Delegierten des sowjetischen Parteikongresses verteilt worden.

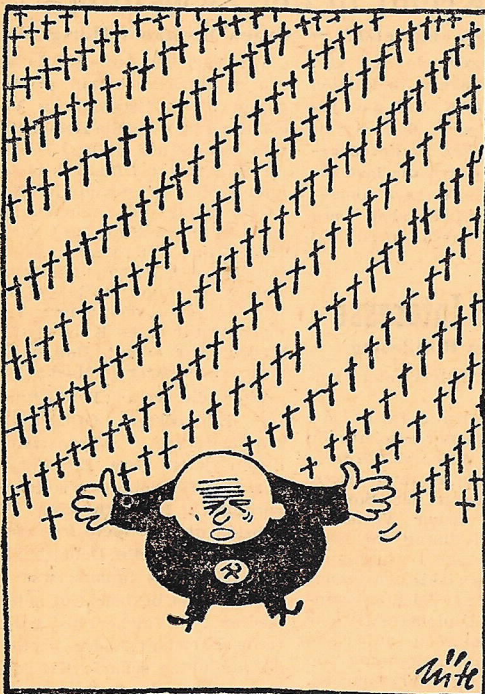
Budapest befürchtet Unruhen

Wien (AP). Das Zentralkomitee der ungarischen KP hat zugeben müssen, daß es infolge der Unzufriedenheit in den Reihen der ungarischen Kommunisten den Ausbruch von Unruhen ähnlich wie in Posen befürchtet. In einem von Radio Budapest

verbreiteten Aufruf des Zentralkomitees heißt es: „Die Gefahr, daß die Feinde Ungarns Unruhen provozieren, ist sehr viel größer geworden.“ In dem Aufruf wird betont, Zentrum der Unzufriedenheit sei die Gruppe um den früheren Ministerpräsidenten Imre Nagy.

Bunker in der „Pieckallee“

Göttingen (AP). Grenzgänger aus der Sowjetzone haben in den letzten Tagen übereinstimmend berichtet, daß entlang der Zonengrenze im südhannoverschen Raum auf sowjetzonaler Seite Betonbunker gebaut werden. Diese Bunker entstehen etwa 100 Meter jenseits des umgepflügten Zehnmeterstreifens, der im Volksmund „Pieckallee“ genannt wird. Die Ausgrabungen waren bereits seit längerer Zeit beobachtet worden.



Chruschtschows Rechtfertigung
„Das Volk hat ja nie versucht, den
Diktator zu stürzen!“

„Sowjetdemokratismus“

DT. Es muß leider dahingestellt bleiben, ob man im Kreml die antistalinistische Schwankung auch vorgenommen hätte, wenn man sich über die nachfolgende Reaktion ganz klar gewesen wäre. Denn mit der nachträglichen Vernichtung Stalins zogen auch seine jahrelangen Mitläufer scharfe Angriffe auf sich selbst. Das ZK in Moskau, sehr in die Enge getrieben, versucht sich nun reinzuwaschen. Doch merkwürdigerweise wäscht es dem Volke den Kopf. Dieses Sowjetvolk hätte es angeblich nicht verstanden und unterstützt, wenn schon zu Lebzeiten des großen Stalin seine Mitarbeiter gegen ihn aufgestanden wären. Man hat also Stalin mit seiner destruktiven Politik gewähren lassen, um „dem Volk“ das falsche Ideal zu erhalten!

Mit aufschlußreicher Verärgerung aber versucht das Moskauer ZK, die nahehegende Erklärung zurückzuweisen, daß der Personenkult in der Natur der sowjetischen Gesellschaftsordnung zu suchen sei. Tatsächlich ist er dort zu suchen: weil diese Gesellschaftsordnung keine natürliche Ordnung ist, sondern Diktatur, baut sie sich doch nicht aus dem freien Willen „von unten“ auf, sondern unter Zwang „von oben“, vom grünen Tisch im Kreml aus, mag an ihm nun Stalin allein sitzen oder das Kollektiv der verschworenen Führer. Mit dem konstruierten Wortungetüm „Sozialistischer Sowjetdemokratismus“ versucht Moskau nun, der Tatsache der Diktatur und des damit zusammenhängenden Personenkults zumindest sprachlich etwas entgegenzustellen, was nach Sozialismus und Demokratie klingt. Aber es klingt eben nur so. Die Tatsachen sind anders, sie sind so wie zu allen Zeiten, wenn sich ohne Kontrolle des Volkes „große Männer“ an die Spitze drängen unter Ausschaltung jeder Opposition.

Sò sind sie wirklich:

„100000 Mann sind längst genug“

Seit die Zonenarmee Bestandteil des Warschauer Militärsystems geworden ist, hat sich ein einziger SED-Funktionär für die zahlenmäßige Beschränkung der Zonenwehrmacht auf 100 000 Mann eingesetzt: Richard Staimer, Ex-Spanien-General und Chef der „Gesellschaft für Sport und Technik“, einer über Nacht in den Mittelpunkt des Interesses gerückten SED-Organisation.

Es waren keine pazifistischen Erwägungen, die Staimer für eine kleine Armee plädieren ließen. Am 30. Juni gaben ihm die SED-Führer recht: Sie erklärten die „Nationale Volksarmee“ — wenn auch aus durchsichtigem zeitgebundenen Propagandagrund — zur 90 000-Mann-Armee...

„Immer Soldat gewesen“

Staimer, am 1. Dezember 1907 in München geboren; war zu jung, um im ersten Weltkrieg Soldat gewesen zu sein. Trotzdem behauptete der erst im Spanienkrieg an die Front gekommene gelernte Fliesenleger, „immer Soldat gewesen“ zu sein. Und in gewissem Sinne hat er recht. Sein Vater war Bauarbeiter und gehörte 1919 zu den führenden Köpfen der „Bayerischen Räterepublik“. Er selbst wurde 1924 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes und kam 1928 zur KPD. 1930 war er bereits Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Während dieser ganzen Zeit unterstanden dem Amateursoldaten Staimer die illegal bewaffneten Stoßtrupps des KJV, auf deren Konto zahlreiche Saal- und Straßenschlachten der zwanziger Jahre kamen. 1931 auf die Moskauer Militärakademie delegiert, kam Staimer bereits ein Jahr später als Leiter des „Rotfrontkämpferbundes“ Nordbayern (RFB) zurück. Der RFB war zu dieser Zeit die kommunistische SA, mit eigener militärischer Führung und einer Reserve von annähernd 400 000 Mann...

General Hoffmann

1933 emigrierte Staimer in die Sowjetunion, sein Vater kam in

RICHARD STAIMER



einem deutschen Konzentrationslager um. Staimer wurde endgültig Soldat. In Saratow und Moskau holte er sich das Rüstzeug des Generalstäblers, bis er 1936 als Chef der 11. Internationalen Thälmann-Brigade nach Spanien kommandiert wurde. Unter dem Namen „General Richard Hoffmann“ taucht er in der Bürgerkriegsliteratur der spanischen Kommunisten hin und wieder auf. Seine eigentliche Rolle war die eines obersten Politkommissars, der sich mehr um die Trotzlisten und Nationalkommunisten in den eigenen Reihen als um die Franco-Leute kümmerte. 1939 flüchtete er in die Schweiz, wo er vergeblich ein sowjetisches Militärspionagenetz aufzuziehen versuchte. Die Schweizer sperren ihn in St. Gallen in ein Zuchthaus und ließen ihn erst kurz vor Kriegsende wieder frei. „Es war angenehmer, als es in einem Nazi-KZ gewesen wäre“, sagt Staimer heute.

Ende Mai 1945 kam Staimer im eigenen Wagen — von den Amerikanern reichlich mit Proviant und Spirit versorgt — nach Berlin. Ulbricht machte ihn zum Polizeieinspektionsleiter des Bezirks Prenzlauer Berg, und — ein Jahr später — zum Chef der brandenburgischen Polizei. Die-

ses Amt brachte ihm eine Villa, ein rundes kleines Vermögen und die Tochter des späteren Staatspräsidenten, Lore Pieck, ein. Die Ehe wurde im Herbst 1954 übrigens wieder geschieden und Eleonore Staimer ist heute stellvertretender Außenhandelsminister.

Kurzfristig verschwunden

Im Herbst 1949 muß Staimer — durch einige Geldaffären hoffnungslos kompromittiert — für einige Zeit verschwinden. In Saratow holt er sich die Befähigung für einen Divisionsgeneral der KVP. KVP-Chef in Leipzig, stellvertretender Generaldirektor der Reichsbahn, Generalmajor und Kaderchef der KVP sowie Sicherheitsbeauftragter für das Eisenbahnwesen sind seine nächsten Stationen. Dann kommt jenes Amt, das für ihn wie geschaffen scheint: Staimer wird Chef der „GST“.

Anderthalb Jahre ist dies her. In dieser Zeit hat Staimer aus einer vormilitärischen Organisation eine Armee gemacht. Wenn die SED heute 30 000 Mann demobilisieren will, Staimer wartet schon darauf! Er ist das Auffangbecken für die entlassenen Zonensoldaten, bei ihm wird auch mit Maschinengewehren und der Handgranate geübt. Rund 200 000 ausgebildete Soldaten kann Staimer innerhalb 48 Stunden uniformieren und bewaffnen, etwa die Hälfte davon hat irgendwann einmal in der KVP gedient. „Eine kleine Armee, aber eine große Reserve!“ sagt Staimer. Das läßt sich politisch besser ausspielen und kostet weniger Geld, wenn der Reservist zwischendurch noch in der Fabrik oder bei der Ernte helfen kann. „Jeder Mann von mir ist so gut wie ein ausgebildeter Soldat!“ Das stammt von Staimer. Wer möchte daran zweifeln? „Haben wir eine Wehrpflicht nötig?“ fragte ihn kürzlich ein Korrespondent. Sagte Staimer: „Lächerlich...!“

Freiheit und Einheit

Die Bedeutung der Generalsynode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Von Professor D. Heinrich Vogel

Als der leidenschaftliche Ruf nach einer außerordentlichen Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands laut wurde und schließlich zu dem Entschluß führte, das Risiko einer solchen Synode zu wagen, konnte man noch nicht vorhersehen, daß diese Tagung in erregender Gleichzeitigkeit mit der außenpolitischen Bundestagsdebatte stattfinden würde, in deren Mittelpunkt die Frage der deutschen Wiedervereinigung stand.

Die ungewollte Gleichzeitigkeit der Termine unterstrich aber das, was auf der Synode

selbst des öfteren als ihr „heimliches“ Thema bezeichnet wurde, nämlich: die Verantwortung der evangelischen Kirche für das gesamte Volk. Man wird im Blick auf den Verlauf der Synode sagen müssen, daß dieses heimliche Thema sich unabwiesbar immer von neuem meldete und durchsetzte bis in die dramatischen Debatten der letzten Plenarsitzung und die konkreten Entscheidungen, mit denen diese Synode sich zu ihrer Verantwortung für die Not der unheilvollen Trennung bekannte.

dem allein auf die Gnade Gottes, die uns dazu frei macht, für die Wiedervereinigung unseres Volkes einzutreten. In Zusammenhang damit hat sie den Beschluß gefaßt, eine aus fünf Männern (Bischof Noth, Bischof Krummacher, Generalsuperintendent Jacob, Klaus von Bismarck, Dr. Bauer) bestehende Delegation sowohl nach Bonn wie nach Pankow zu schicken, um erstens: „Bundesregierung und Bundestag der Bundesrepublik Deutschlands von den Gesichtspunkten und Besorgnissen in Kenntnis zu setzen, die von Synodalen über Auswirkungen einer Wehrpflicht geäußert worden sind“; zweitens: „bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dafür einzutreten, daß nicht, wie vielfach berichtet worden ist, Zwang zum Eintritt in die nationalen Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik und zur Teilnahme an vormilitärischer Ausbildung ausgeübt wird.“

Brückendienst am Volke

Das offizielle — nicht gerade glücklich formulierte — Thema, das der Synode gestellt war, lautete: „Raum für das Evangelium in Ost und West“. Wenn es nicht nur in den Bereichen der Wissenschaft, der Kultur und Politik, sondern auch in der Kirche von entscheidender Bedeutung ist, wie die Frage gestellt wird, so ist es als eine befreiende Tat anzusehen, daß die Synode dieses Thema aufnahm, indem sie es umkehrte. Das geschah schon in der die Synode ins Herz treffenden Predigt des bekannten Professors Helmuth Gollwitzer und in den beiden Hauptreferaten (insbesondere in dem bedeutenden Vortrag des Generalsuperintendenten Jacob aus Kottbus).

Das bestimmte aber vor allem die von der Synode einstimmig und ohne jede Stimmhaltung angenommene „theologische Erklärung“, die zuerst davon redet, daß Gottes Wort sich selbst seinen Raum in dieser Welt schafft und in seiner Gnade uns Raum schenkt, vor Gottes Angesicht Ihm zu danken und Ihm zu dienen. Darum ließ diese Synode sich vor allen Fragen, die an die Welt bzw. an den Staat zu richten sind, selbst die Frage gestellt sein, ob sie denn dem Wort Gottes Raum läßt. Unter dieser Voraussetzung also wurden die Erkenntnisse und die in ihnen gegrün-

deten Beschlüsse gewagt, die es galt in bezug auf die Frage der Wiedervereinigung auf das Verhältnis zum Staat im Westen und im Osten unseres Vaterlandes, auf das Verhältnis des Glaubens an das Evangelium zu Weltanschauung und Wissenschaft.

Die wichtigsten Entscheidungen dürften die folgenden sein: Die Synode der Kirche, die in allen diesen Jahren immer von neuem einen Brückendienst tun durfte an dem gespaltenen Volk, hat sich zu dieser ihrer Aufgabe von neuem bekannt, und zwar nicht mit der Berufung auf nationale Ansprüche, son-

Dazu ist zu bemerken: Durch eine private Befragung der Synodalen untereinander wurde festgestellt, daß mehr als die Hälfte der Synode zu den Synodalen gehört, die hinter jenen Gesichtspunkten und Besorgnissen gegenüber einer Wehrpflicht im geteilten Deutschland stehen.

Christ und Staat

Von besonderer Bedeutung dürften auch die Sätze sein, die der Haltung des Christen gegenüber dem Staat gelten. Sie lauten: „Das Evangelium rückt uns den Staat unter die gnädige Anordnung Gottes, die wir in Geltung wissen unabhängig von dem Zustandekommen der staatlichen Gewalt oder ihrer politischen Gestalt. Das Evangelium befreit uns dazu, im Glauben ‚nein‘ zu sagen zu jedem totalitären Anspruch menschlicher Macht, für die von ihr Entscherten und Versuchten einzutreten und lieber zu leiden als gottwidrigen Gesetzen und Anordnungen zu gehorchen.“

Damit lehnt es die Kirche auf

dem durch die Bekenntnisentscheidungen des großen Kampfes der dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts gewiesenen Weg ebenso ab, passive oder aktive Loyalitätserklärungen gegenüber dem Staat zu geben, wie aber auch, an der aus einem vergangenen Zeitalter tradierten Zwangsvorstellung vieler Christen und Theologen festzuhalten, als ob bloß ein „christlicher“ Staat eine von den Christen anzuerkennende Obrigkeit wäre.

Wesentlich dürfte auch sein, daß die Synode, in der es ja angesichts innerkirchlicher Gefahren auch um die Wahrung der Einheit der Evangelischen Kirche Deutschlands ging, ein Ge-

setz angenommen hat, durch das sich alle in ihr zusammengeschlössenen Landeskirchen verpflichten, keine Abmachungen und Verträge mit dem Staat, sei es im Westen oder im Osten, einzugehen ohne Übereinkunft mit der ganzen Evangelischen Kirche Deutschlands. Und nicht zuletzt bedeutet es eine wirkliche Tat, wenn diese Synode, die in ihrer theologischen Erklärung den Gebrauch der Vernunft in Wissenschaft und Technik unter Gottes Verheißung sieht, so radikal, wie es wohl bisher keine Kirche getan hat, sich dagegen wendet, die Wissenschaft „zur Herstellung von Massenvernichtungsmitteln zu mißbrauchen, die durch keinen Zweck geheiligt werden können“.

Die Synode hat auch noch einmal all jene bekannten Einschränkungen und Behinderungen zur Kenntnis nehmen müssen, die das Verhältnis zwischen der Regierung der DDR und der Kirche so belasten, aber unter der offen geäußerten Hoffnung, es möchte nun doch zu neuen Regelungen kommen, die ja einfach den Menschen, um die es da geht, zugute kommen würden. Kennzeichnend war für diese Synode, in der es in unlöslichem Zusammenhang mit der Einheit der evangelischen Kirche um die Verantwortung für die Einheit unseres Volkes ging, daß sie sich zu der Freiheit bekannte, die da ist, wo das Evangelium nicht zu einer Weltanschauungssache des Westens oder des Ostens und Gott nicht zu einem Parteigott irgendwelcher menschlicher, sei es auch kirchlicher Interessen gemacht wird.

Kirche bleibt Kirche

Berlin (Eigenmeldung). Bischof D. Dibelius hat in einer Predigt in der Ostberliner Marienkirche noch einmal auf die Bedeutung der außerordentlichen Synode hingewiesen und dabei herausgestellt, daß sie sich in allen wichtigen Fragen frei von politischen Fesseln und Voreingenommenheit gezeigt hat. „Die Kirche soll sich nicht in den Sog der politischen Dinge ziehen lassen, die Kirche soll Kirche bleiben.“

Die Zeit verlangt . . .

(Fortsetzung von Seite 2)

cherheitssysteme mitzuwirken. Und ebenso bemerkenswert ist der Satz, daß es in der Frage echter Sicherheitsgarantien an die Sowjetunion für die Bundesregierung „keine falschen Prestigebedürfnisse“ gibt. Mit anderen Worten, die Bundesregierung ist zu freimütiger Aussprache mit den vier Mächten über den militärischen Status Gesamtdeutschlands bereit. Das wird noch verdeutlicht durch die Bemerkung von Kiesinger für die CDU/CSU: daß „wir nicht an der NATO als Dogma hängen“.

Die Note

Wesentlich für den Fortgang der Dinge ist nunmehr, welche initiativen Folgerungen die Bundesregierung aus dieser ihrer Haltung zieht. Der Bundesaußenminister hat angekündigt, daß sich die Bundesregierung „an die vier Mächte, also auch an die Sowjetunion wenden und sie an ihre Verpflichtungen (zur Wiedervereinigung) erinnern wird“. Darauf hat Olenhauer sofort entgegnet, „mit einem moralischen Appell der Vier-Mächte-Note werde man den toten Punkt nicht überwinden“. Damit hat er zweifellos recht, aber es ist nicht anzunehmen, daß die Bundesregierung sich auf einen moralischen Appell zu beschränken beabsichtigt. Nur eines Appelles wegen braucht man nicht viele Wochen an einer Note zu arbeiten, wie es tatsächlich im Auswärtigen Amt geschieht.

Eine solche Note ist angesichts der vielen Ungewißenheiten, vor denen wir in der Weltpolitik stehen, und angesichts unserer eigenen heiklen Gegebenheiten zwischen West und Ost natürlich nicht leicht zu formulieren. Sie wird von den Westmächten wie von der Sowjetunion mit Argusaugen gelesen werden. Aber die Zeit verlangt, daß wir den deutschen Standpunkt und die deutschen Erwartungen nunmehr besonders formulieren mit dem Bestreben, von uns aus ein Stück weiterzuhelfen. Die oben erwähnten Prinzipien Brentanos, ergänzt und erweitert durch konkrete Anregungen

für die Grundzüge eines Sicherheitspaktes zwischen den vier Mächten und einem vereinten Deutschland, könnten den Auftakt geben, um das Gespräch zwischen uns und allen vier Mächten für die Wiedervereinigung zu entwickeln.

Damit wird nichts verdorben. Die jetzige Politik der Bundesregierung, die Verbundenheit der Bundesrepublik mit den westlichen Verbündeten, die Treue zu den für die Bundesrepublik, eingegangenen Verpflichtungen, insbesondere auch zum aktiven Verteidigungsbeitrag, kann, darf und wird dadurch nicht berührt werden. In dieser Note geht es ja nicht um den Status der Bundesrepublik unter den heutigen Gegebenheiten, sondern um den Status eines neuen, nämlich wiedervereinigten Deutschlands unter den dann entstehenden Umständen. Hingegen kann vieles gewonnen werden, im günstigen Falle ein entscheidender Schritt vorwärts zur Wiedervereinigung, in jedem Falle aber aus der sowjetischen Antwort etwas mehr Klarheit.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.



BILDER DER WOCHE. Oben: Dokumentarfoto vom Volksaufstand in Posen. Eine lebhafte Erinnerung an den 17. Juni in der Sowjetzone! Unten: Zum erstenmal seit der Spaltung besuchte ein sowjetischer Stadtkommandant den Regierenden Bürgermeister von Westberlin im Schöneberger Rathaus: Generalmajor Tschamow und sein Stellvertreter Kotzuba.

